

die Tageszeitung, 10.02.2011, **Linke und Rechte trennen**, Christian Rath,
<http://taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/linke-und-rechte-trennen/>

Das Verwaltungsgericht Dresden will den polizeilichen Notstand verhindern. 2010 sei mit der Blockade das Demonstrationsrecht der Nazis verletzt worden.

12.000 linke Gegendemonstranten verhinderten 2010 den Aufmarsch der Neonazis in Dresden. Diese klagten dagegen und hatten damit Erfolg. Foto: reuthers

BERLIN taz | Die Polizei muss linke und rechte Demonstranten schon im Ansatz trennen, um einen polizeilichen Notstand zu verhindern. Das fordert das Verwaltungsgericht Dresden in der jetzt vorgelegten Begründung zu einem Beschluss vom Januar. Damals hatte das Gericht der Polizei vorgeworfen, dass sie im Februar 2010 einen rechten Trauermarsch nicht gegen linke Blockaden durchsetzte. Dabei sei das Demonstrationsrecht rechter Gruppen verletzt worden.

Die der taz vorliegende Begründung des Beschlusses ist von großer praktischer Bedeutung. Schließlich sind in Dresden am 13. und 19. Februar neue rechte Aktionen mit Bezug auf die alliierte Bombardierung der Stadt (1945) geplant. Auch die Linke hat wieder Blockaden der rechten Demos angekündigt, vor allem für den 19. Februar. Die Polizei dürfte sich also an den Vorgaben des Gerichts orientieren.

Im Jahr 2010 hatte die Polizei den Rechten nicht gestattet, loszumarschieren, weil die Route von bis zu 12.000 linken Gegendemonstranten blockiert war. Das galt damals als großer Erfolg der Antifa. Dagegen klagte die Junge Landsmannschaft Ostdeutschland (als Demo-Veranstalterin) und hatte jetzt Erfolg.

In der Begründung seines Urteils betont das Dresdner Verwaltungsgericht zunächst den hohen Rang des Demonstrationsrechts, das auch gegen Störungen von Gegnern durchgesetzt werden müsse. Die Polizei sei "Garant der Versammlungsfreiheit". Maßnahmen müssten sich zunächst gegen die (linken) Störer richten. Nur im unvermeidbaren "polizeilichen Notstand" wäre ein Eingriff in den Ablauf der geplanten (rechten) Demo zulässig gewesen. Von polizeilichem Notstand spricht man, wenn Maßnahmen gegen Störer nicht möglich oder erfolgversprechend sind.

Ob ein solcher Notstand vorlag, bezweifeln die Richter jedoch. So habe sich die Polizei damals nicht auf einen Notstand berufen. Mit 42 Hundertschaften sei sie auch gut ausgestattet gewesen. Dagegen seien teilweise nur 900 Gegendemonstranten auf der "Abzugsstrecke" der Rechten gestanden.

Jedenfalls aber habe die Polizei den Notstand "sehenden Auges" entstehen lassen, ohne gegenzusteuern. Das polizeiliche Konzept sah zwar vor, rechte Demonstranten und linke Gegner auf unterschiedliche Elbufer zu verteilen. Die Polizei habe aber nichts dafür getan, dieses Konzept umzusetzen. So habe sie zum Beispiel zugelassen, dass tausende blockadewillige Linke mit Bussen in die Nähe der rechten Auftaktkundgebung fahren konnten.

An keiner Stelle erwähnt das Dresdner Urteil, dass sich auch linke Blockierer auf die Demonstrationsfreiheit berufen können.

Neues Deutschland, 10.02.2011, **Kein Protest in der Altstadt**, -, <http://www.neues-deutschland.de/artikel/190594.kein-protest-in-der-altstadt.html>

Berlin (Agenturen/ND). Neonazis wollen zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens wieder in der Elbstadt demonstrieren – angemeldet sind Aufmärsche am 13. und 19. Februar. Polizei und Stadt wollen Nazis und Gegendemonstranten am kommenden Sonntag so sehr voneinander getrennt halten, dass sie bis auf die Menschenkette der Oberbürgermeisterin Helma Oros (CDU) alle Veranstaltungen auf der Altstadtseite der Elbe verboten haben. Mit frühen Kontrollen bei der Anreise muss zudem nach allgemeiner Meinung gerechnet werden.

Auch ein antifaschistischer Mahngang »Täterspuren« wurde per Auflage aus dem Altstadtbereich verbannt. Für das Bündnis »Dresden – Nazifrei!« kommt das einem Verbot gleich. »Das Leben und Wirken der von uns recherchierten Nazi-Täter hatte einen historischen Ort«, diese Orte, die kenntlich gemacht werden sollten, seien in der Altstadt, sagte Bündnis-sprecherin Franziska Radtke am Mittwoch und kündigte rechtliche Schritte gegen die Auflage an. »Was sind das für Zeiten, in denen der Mahngang untersagt wird«, während den Nazis gestattet wird, am 13. Februar mit Fackeln durch die Stadt zu laufen, sagte die Vorsitzende des Auschwitzkomitees, Esther Bejarano. Auch der Direktor der Berliner Stiftung Topographie des Terrors, Andreas Nachama, fordert von den Verantwortlichen im Dresdner Rathaus »geschichtsbewusstes Handeln«. Die Mahnwache der Grünen vor dem Rathaus wurde ebenso verboten. Auch sie kündigten eine Klage dagegen an.

Neues Deutschland, 10.02.2011, **Der Mythos Dresden – wie geht Gedenken?**, Maiko Zimmermann,

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/190595.der-mythos-dresden-wie-geht-gedenken.html>

Die Erinnerung an den 13. Februar und die Bombardierung ist konfliktreich

Das offizielle Gedenken an die Bombardierung Dresdens im Februar 1945 hat sich lange einer kritischen Auseinandersetzung entzogen. Erst mit der erkannten Notwendigkeit, die jährlichen Nazigrößaufmärsche zu thematisieren, kam Wind in die Debatte.

»Statt Besserwisserei sollte die Dresdner Gedenkkultur (...) akzeptiert werden«, erklärte der Dresdner CDU-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Lars Rohwer im Januar. Jeder Mensch habe seine Form des Totengedenkens. Daran gebe es nichts zu rütteln. Die kritische Auseinandersetzung mit dem Gedenken an die Opfer der Bombardierung Dresdens ist also »Besserwisserei«. Verwunderlich ist diese Aussage nicht, hatte Rohwer doch bereits 2008 die historische Einordnung der Luftangriffe als »aggressiven Inhalt« bezeichnet.

Der 13. Februar, der Jahrestag der Bombardierung der Stadt durch die Alliierten am Ende des Zweiten Weltkrieges, ist seit Jahrzehnten Dreh- und Angelpunkt besagter Gedenkkultur. Den Grundstein für den so genannten Dresden-Mythos legten das NS-Propagandaministerium und das Auswärtige Amt kurze Zeit nach dem Luftangriff. Sie forcierten vor allem gegenüber dem neutralen Ausland eine Erzählung, deren Kern bis heute überdauert hat.

Dieses Opfernarrativ enthält verschiedene Elemente: Dresden sei eine einzigartige Stadt gewesen, ein barockes Kleinod, eine Kunst- und Kulturmetropole. In ihrer Schönheit erscheine sie zugleich frei von Schuld. Die Zerstörung Dresdens sei darüber hinaus nicht nur plötzlich, sondern von einem beispiellosen Ausmaß und vor allem »sinnlos« gewesen.

Ähnlich wie andere Städte wurde Dresden im Zweiten Weltkrieg stark zerstört. Das Erleben der Bombardierung einer Stadt und der Verlust von Angehörigen sind traumatische Einschnitte im Leben eines Menschen. Das gilt auch für Dresden. Es ist jedoch die Verdichtung zum Symbol, das die Ebene des Individuellen verlässt und Deutungsangebote der Geschichte bietet. In dieser Funktion sticht Dresden durchaus heraus.

»Erinnerungskultur baut auf individueller Erinnerung auf«, stellte die Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) in einer Rede im Oktober 2010 fest. Es gehe dabei nicht um Fakten und Daten, sondern »um das ganz persönliche Erleben«. Entsprechend sind die Berichte von Zeitzeugen im Gedächtnis der Stadt von zentraler Bedeutung. Lange Jahre dominierten Leg-

enden von Tieffliegern und überhöhte Opferzahlen das Gedenken. Eine 2004 ins Leben gerufene Historikerkommission räumte in ihrem 2010 vorlegten Bericht mit vielen Teilen dieser rekonstruktiven Erinnerungen auf.

In jener Rede der CDU-Politikerin wird jedoch auch die Neujustierung Dresdner Gedenkkultur deutlich. Anders als ihr Parteikollege Lars Rohwer betont sie, wie wichtig es ist, die nationalsozialistische Vergangenheit zu benennen und aufzuarbeiten. »Wahrhaftig erinnern« heißt dies in der offiziellen Gedenksprache. Diese Verbindung von Gedenken an die Luftangriffe und Benennen des Nationalsozialismus erschien umso dringlicher, je mehr Neonazis zum jährlichen »Trauermarsch« nach Dresden kamen. Man musste sich abgrenzen, deutlich machen, dass man zwar der Opfer gedenken, aber keineswegs Geschichtsrevisionismus betreiben wollte.

Weitaus häufiger als vom Nationalsozialismus wird jedoch vom Krieg gesprochen, überhistorisch gedacht als »Krieg an sich«. Holocaust und Vernichtungskrieg werden ebenso wie Luftkrieg und Vertreibung eingeordnet in ein »Jahrhundert von Schrecken, Krieg und Gewaltherrschaft«. Im Vordergrund steht das menschliche Leid als universalistische Kategorie. Dies ist eine Wendung, die – ganz nebenbei – die Tür öffnet zur Renaissance altbekannter Totalitarismustheorien.

Noch, so scheint es, dreht sich in Dresden fast alles um den 13. Februar. Zum Zeitpunkt der Bombardierung läuten die Kirchenglocken. Erinnerungsorte thematisieren die Geschehnisse des Tages: Von der wiederaufgebauten Frauenkirche über die Gedenkstätte am Altmarkt bis hin zum Heidefriedhof mit der im Herbst letzten Jahres eingeweihten Figur »Trauerndes Mädchen am Tränenmeer«. Hier findet seit Jahrzehnten die offizielle Gedenkveranstaltung unter Teilnahme der Fraktionen des Landtages statt. In keiner anderen Stadt hat sich eine solche Fülle an Gedenkpraktiken zum Thema Luftkrieg etabliert. Damit und mit den verschiedenen Facetten der Erinnerung beschäftigt sich nun auch eine Ausstellung: »Erinnerung, Gewalt, Verdrängung« ist bis April im Buchmuseum der Sächsischen Landesbibliothek zu sehen.

Noch bis 2. April. SLUB Dresden, Zellesche Str. 18, Buchmuseum, Mo. bis Sa. 8 bis 18 Uhr. Eintritt frei.

MDR, 10.02.2011, **Innenminister rechnet mit Tausenden Neonazis**, -,
<http://www.mdr.de/sachsen/dresden/8206696.html>

Der von Rechtsextremen am 13. Februar 2010 in Dresden geplante Aufmarsch wird offenbar doch größer, als von den Behörden bislang angenommen. Innenminister Markus Ulbig (CDU) sagte am Dienstag, man rechne nun mit mehreren Tausend Teilnehmern. Anmelder der Demonstration ist die "Junge Landsmannschaft Ostdeutschland" (JLO). Mit der Veranstaltung am 13. Februar würden "hauptsächlich regionale Gruppen aus dem miteldeutschen Raum" angesprochen, teilte die rechtsextreme Organisation auf ihrer Internetseite mit. Für mehrere Veranstaltungen am darauffolgenden 19. Februar sollen dagegen offenbar Rechtsextremisten deutschland- und teilweise auch europaweit mobilisiert werden.

Minister: "Konsequentes Vorgehen gegen Störer"

Neonazis missbrauchen seit mehreren Jahren das Gedenken an die Zerstörung Dresdens im Februar 1945. Seit Jahren stehen sich am Jahrestag der Bombardierung Teilnehmer unterschiedlicher Demonstrationen gegenüber. Nach einem Urteil des Dresdner Verwaltungsgerichts kündigte Innenminister Ulbig ein "konsequentes Vorgehen gegen Störer und Gewalttäter an, die Aufmärsche der Neonazis verhindern wollen". Die Polizei habe die Aufgabe, die Strecken für genehmigte Demonstrationen frei zu halten, sagte Ulbig. Wer blockiere, bringe die Polizeibeamten in Schwierigkeiten, fügte er hinzu. Wie viele Beamte am 13. und 19. Februar aus Sachsen und aus anderen Bundesländern im Einsatz sein werden, wollte Ulbig nicht sagen.

Weiter Streit um erneute Blockaden

Die Grünen widersprachen am Dienstag der Auffassung, Blockaden der rechtsextremen Aufmärsche seien grundsätzlich rechtswidrig. Der Landtagsabgeordnete und Rechtsanwalt Johannes Lichdi sagte, das Recht auf Versammlungsfreiheit gelte auch für die Gegendemonstranten. "Ich bedaure sehr, dass nur betont wird, die Nazi-Demo muss ermöglicht werden", erklärte Lichdi. Der Abgeordnete spielte damit auch auf ein Urteil der 6. Kammer des Dresdner Verwaltungsgerichts zu den Demonstrationen am 13. Februar 2010 an.

Die Verwaltungsrichter hatten entschieden, dass die Polizei vor einem Jahr den Marsch der Rechtsextremen hätte ermöglichen müssen. Die Polizei habe aber unter anderem das in Zusammenarbeit mit der Dresdner Versammlungsbehörde entwickelte "Trennungskonzept" nicht durchgesetzt, kritisierten die Richter in einer am Dienstag verbreiteten schriftlichen Urteilsbegründung. So wären keine Maßnahmen ergriffen worden, um die Demonstra-

tionsteilnehmer der unterschiedlichen politischen Lager bereits bei der Anfahrt auf die für sie bestimmten Seiten der Elbe zu lenken.

Dresden untersagt Gegenkundgebungen

Als Konsequenz aus dem Urteil untersagte die Stadt Dresden bis auf eine Ausnahme alle Kundgebungen gegen die Neonazis, die am 13. Februar auf der Altstädter Seite Dresdens geplant waren. Auf dieser Elbseite wollen die Neonazis demonstrieren, die genaue Route wird weiter geheim gehalten. So wurde etwa den Grünen eine Mahnwache vor dem Rathaus untersagt und ein Ausweichort auf der anderen Elbseite angeboten. Nur an der neuen Synagoge wurde von der Dresdner Versammlungsbehörde eine Kundgebung gestattet.

jetzt.de, 10.02.2011, „**Ein verhindertes Aufmarsch frustriert die Nazis**“, Clemens Haug, <http://jetzt.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/519405>

An den kommenden beiden Wochenenden wollen Nazis durch Dresden marschieren. Ein Gegenbündnis will sie, wie schon im vergangenen Jahr, daran hindern. Ein Interview über Dresden als Demo-Ort und den Wert einer Blockade.

Im vergangenen Jahr ist es einem Gegenbündnis gelungen, die Demonstrationsroute der Rechten durch die sächsische Landeshauptstadt zu blockieren. Doch vergangenen Monat hat das Dresdner Landgericht geurteilt, dass die Polizei den Nazis den Weg hätte frei räumen müssen. jetzt.de sprach mit Thomas Bergmann vom Bündnis „Dresden Nazifrei“, was das für die Aufmarschgegner bedeutet und wie sie sich auf das diesjährige Nazigroßevent vorbereiten.

jetzt.de: Im vergangenen Jahr hatte am 13. Februar, anlässlich des Jahrestags der Bombardierung Dresdens die rechtsextreme Szene versucht, einen Großaufmarsch mit über 5000 Neonazis durchzuführen. Der wurde von mehr als 10.000 Gegendemonstranten erfolgreich blockiert. In diesem Jahr gibt es zwei Termine. Der 13. Februar fällt auf einen Sonntag, an dem die Rechtsextremen Aktionen angekündigt haben. Darüber hinaus mobilisieren sie allerdings auch noch für den darauffolgenden Samstag, den 19. Februar. Mit wie vielen Neonazis rechnet ihr an beiden Terminen?

Thomas Bergmann: Es hat einige Verwirrung wegen der beiden Termine gegeben. Wir rechnen für den 13. Februar vor allem mit einem Aufmarsch der regionalen Nazi-Szene aus Sachsen. Dieser sogenannte Fackelmarsch soll in den Abendstunden stattfinden. Das ist sehr schwierig abzuschätzen, wie viele tatsächlich kommen werden. Wir halten eine Zahl von 1500 Teilnehmern für realistisch. Weil es an einem Sonntag für die Rechten aber schwierig wird, die Anreise vieler Nazis möglich zu machen, haben sie den folgenden Samstag, 19. Februar, zum Tag der europaweiten Mobilisierung gemacht. Momentan gehen wir davon aus, dass dann etwa 4000 Nazis anreisen werden.

Woher kommen die Nazis?

Das ist sehr schwer zu sagen. Im vergangenen Jahr sind beispielsweise auch Delegationen aus Ungarn oder Schweden dagewesen. Dresden ist ein sehr wichtiger Termin für die Naziszene. Dort ist über Jahre eine konservative Gedenkkultur von Seiten der CDU Landesregierung oder der Stadt gepflegt worden, an der die Nazis anknüpfen.

Warum ist der Jahrestag der Bombardierung Dresdens für die Neonazis so wichtig?

Die Nazis inszenieren sich als die Stimme der Dresdner. Sie bezeichnen die Bombentoten des Luftangriffes vom 13. Februar 1945 als die „eigentlichen Opfer“ und rechnen die Zahl der Toten künstlich hoch. Die Stadt Dresden hatte deswegen auch eine Historikerkommission

eingesetzt, die versucht hat zu ermitteln, wie viele Menschen tatsächlich bei der Bombardierung ums Leben gekommen sind. Deren Zahlen lehnen die Nazis als zu niedrig ab. Diese Art, die Geschichte zu verdrehen ist das einzige Dach, unter dem sich militante Nazischläger der sogenannten „Freien Kräfte“, Kader der NPD und Vertreter der „Neuen Rechten“ versammeln können. Nach der Schlappe, die sie im vergangenen Jahr erlitten haben, brauchen die Nazis einen erfolgreichen Großaufmarsch in diesem Jahr.

Was haltet ihr vom Gedenken an die Bombentoten?

Unser Bündnis deckt ja ein weites Spektrum von politischen Gruppen ab. Bei uns hat sich der Konsens entwickelt, dass die konservative Gedenkkultur ihren Teil dazu beigetragen hat, dass dieses Nazi-Event entstanden ist. In Köln, das ja ähnliche schwere Luftangriffe erlebt hat, ist das zum Beispiel völlig anders. Dort hat sich die Stadt nicht im Nachhinein als Opfer des Krieges, der ja von Deutschland ausgegangen ist, stilisiert. Wir glauben, dass der Krieg nur nach Dresden zurückgekehrt ist. Am 13. Februar, dem Gedenktag, organisieren wir daher eine Demonstration, die der Spur der Täter folgen soll. Die geht vorbei an Orten, wo Dresdner Nazigrößen gewohnt haben hin zu Rüstungsproduktionsstätten und Orten, an denen Deportationen von Juden ihren Ausgang hatten.

Ihr ruft dazu auf, die Neonazis am 13. und vor allem am 19. Februar zu blockieren. Was wollt ihr damit erreichen?

Uns geht es um eine echte Gegenwehr gegen die Neonazis, nicht um eine symbolische Aktion. Die Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) hat für den Nachmittag des 13. Februar zur Teilnahme an einer Menschenkette aufgerufen, die den Nazis symbolisch den Weg in die Stadt versperren soll. Von rechtsextremer Seite sind Aktionen aber erst für die Abendstunden angekündigt. Diesen sogenannten Fackelmarsch wollen wir mit kreativen und bunten Aktionen stören. Für den 19. Februar rufen wir erneut zu Massenblockaden auf und wollen unseren Erfolg aus dem vergangenen Jahr wiederholen, wo es gelungen ist, den Aufmarsch tatsächlich zu verhindern. Denn Aufmärsche sind für die Nazis sehr wichtig. Sie sind deren Instrument, sich als politische Kraft darzustellen. Wer die Diskussion in Naziforen nach der Blockade im vergangenen Jahr beobachtet hat, konnte feststellen, dass sie zu viel Frustration bei den Nazis geführt hat. Gelingt es erneut, den Aufmarsch zu blockieren, kann man davon ausgehen, dass es für Nazis immer unattraktiver wird, in den kommenden Jahren wieder nach Dresden zu kommen.

Die CDU-Politiker der Stadt Dresden kritisieren, das Gedenken an die Opfer der Bombardierung werde durch die rechten Demos und die Gegenaktivitäten verunglimpft. Was haltet ihr davon?

Dieser Standpunkt wurde nicht zuletzt durch die Vorsitzenden der Dresdner FDP und der CDU vertreten. Sie wollen uns als „extremistisch“ abstempeln und verkennen, dass wir eine breite Unterstützung aus weiten Teilen aus Kultur und Politik haben. Es gibt generell durch die CDU-Regierung in Dresden eine sehr eingeschränkte Auffassung von demokratischer Partizipation. Demonstrationen steht man dort generell sehr skeptisch gegenüber, was man

schon an dem sehr repressiven Versammlungsrecht sieht. Besonders aber den Gegenaktivitäten aus dem Antifa-Spektrum steht Sachsen sehr feindlich gegenüber. Da wurde in der Vergangenheit eine Extremismusdebatte geführt, die rechte und Linke Aktivitäten zum 13. Februar in einen Topf geworfen hat. Dieser Auffassung widersprechen wir deutlich.

Schränkt euch das sächsische Versammlungsrecht ein?

Wir sind uns darüber bewusst, dass unsere Aktionsform nicht genehmigungsfähig ist, halten diese jedoch für legitim. Der Umgang mit Versammlungen in Sachsen ist jedoch höchst widersprüchlich. Einerseits wird für bestimmte Orte, wie zum Beispiel der Dresdner Innenstadt, das Versammlungsrecht massiv eingeschränkt, andererseits wird das Versammlungsrecht für Neonazis als „Kernbestand der Demokratie“ gegen antifaschistische Blockaden verteidigt.

Das Landgericht Dresden hat im Januar geurteilt, dass die Polizei im vergangenen Jahr den Marsch der Neonazis hätte durchsetzen müssen. Wie reagiert ihr auf das Urteil?

Wir sehen das erstmal von der politischen und nicht von der juristischen Seite. Politisch gesehen halten wir die Blockaden nach wie vor für völlig legitim. Außerdem denken wir, dass das Landgericht in seinem Urteil, das es bislang nur mündlich begründet hat, auch realitätsfremd ist. Wer vergangenes Jahr dabei war, weiß, dass man nicht einfach 13.000 Blockierer wegtragen kann. Das wäre ein unzumutbarer Aufwand für die Polizei. Deshalb wollen wir unsere Aktion auch in diesem Jahr wiederholen.

Ist nun zu erwarten, dass die Polizei in diesem Jahr den Nazis den Weg freimacht?

Da muss man die Verhältnisse im Auge behalten. Wenn es uns wieder gelingt, mehr als 10.000 Menschen gegen den Naziaufmarsch zu mobilisieren, wird es für die Polizei einfach unmöglich, den Nazis den Weg frei zu machen. Wir sind flexibel und werden die Nazis dort blockieren, wo sie marschieren wollen. Und unsere Mobilisierung läuft zur Zeit sehr gut. Wir gehen fest davon aus, dass wir mindestens wieder so viele Leute werden, wie im vergangenen Jahr.

Wie gefährlich ist es im Umfeld des Aufmarschs? Hat es in den vergangenen Jahren Angriffe auf Gegendemonstranten gegeben?

Die Nazis stellen immer eine Gefahr dar. Dies sieht man nicht zuletzt durch die vermehrten Übergriffe und Attacken gegen Veranstaltungsorte unseres Bündnisses. Unsere Blockaden sind jedoch gut organisiert und wir appellieren an die Leute, vor allem geschlossen anzureisen. Aus allen größeren Städten werden Busse für Gegendemonstranten nach Dresden bereitgestellt, so dass niemand allein an- und abreisen muss. Aber dennoch: Vor zwei Jahren gab es einen Übergriff auf Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Gewerkschaftsbusses in Thüringen. Wir werden unsere Busse aber selbstverständlich schützen.

Märkische Allgemeine, 10.02.2011, **Gedenken an alliierten Luftangriff auf Cottbus**, dpa, <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12012162/2242247/Buntes-Gedenken-an-alliierten-Luftangriff-auf-Cottbus-geplant.html>

Potsdam/ Cottbus - Mit einer Mahn- und Gedenkveranstaltung will das Bündnis Cottbuser Aufbruch am kommenden Dienstag an den Luftangriff auf die Stadt zum Kriegsende erinnern. „Wir hoffen auf die Teilnahme möglichst vieler Menschen, um unser Vermächtnis gegen Krieg und nationalsozialistischen Terror zu bekräftigen“, sagte der Pressesprecher des Bündnisses, Lothar Judith vom DGB, heute.

Mit seinen Aktionen wolle das Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften, Stadt, Kirchen, Kammern und Polizei auch einem geplanten NPD-Aufmarsch die Stirn bieten.

Die Veranstaltung mit Auftritten von Kindermusical, Kinderchor und einer Rockband findet an der Lutherkirche in der Nähe des Hauptbahnhofes statt. Der Sakralbau brannte bei dem Bombardement am 15. Februar 1945 aus und wurde später wieder aufgebaut.

Bei dem Angriff vor 66 Jahren durch amerikanische B 17-Bomber auf den Lausitzer Eisenbahnknotenpunkt – zwei Tage nach dem Inferno von Dresden - starben etwa 1.000 Menschen, ungefähr 13.000 wurden obdachlos. Große Teile der Südstadt, zu dem auch das Krankenhaus gehört, versanken in Schutt und Asche.

Die Opfer des Bombenangriffes dürften nicht für Aufmärsche alter und neuer Nazis instrumentalisiert werden, erklärte die Sprecherin des Cottbuser Aufbruchs, Wissenschaftsministerin Martina Münch (SPD).

„Cottbus ist eine menschliche, weltoffene und tolerante Stadt und steht für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen“, betonte die Mitbegründerin des Bündnisses, das 1999 aus der Taufe gehoben wurde.

Ein weiteres Bündnis namens „Cottbus Nazifrei!“ will mit einer friedlichen Sitzblockade die vom NPD-Kreisverband Lausitz angemeldete Demonstration aufhalten. Wie ein Polizeisprecher sagte, habe man das Bündnis wie alle anderen Veranstalter darauf hingewiesen, dass Blockaden gegen das Versammlungsgesetz verstoßen. dpa